

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

79. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. Dezember 1999, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Ra/So 99-12-13

Anwesende Abgeordnete

Frauke Walhorn (SPD)

Vorsitzende

Wolfgang Baasch (SPD)

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Bernd Schröder

in Vertretung von Roswitha Müllerwiebus (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Gudrun Hunecke (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Energiebericht Schleswig-Holstein 1999	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2178	
2. Förderung der Kur- und Erholungsmaßnahmen	6
Umdruck 14/4035	
3. Familienbericht - Berichterstattung der Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau im Jugendhilfeausschuss	7
4. a) Entwurf eines Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch Kranker (Psychisch-Kranken-Gesetz - PsychKG)	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2157	
b) Entwurf eines Maßregelvollzugsgesetzes (MvollzG)	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2158	
5. Landesarmutsbericht Schleswig-Holstein mit der Stellungnahme der Landes- regierung	9
Drucksache 14/2276	
6. Verschiedenes	10

Die Vorsitzende, Abg. Walhorn, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, die Auswertung der schriftlichen Stellungnahmen zu dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abschaffung des Gesetzes über den Ladenschluss, Drucksache 14/1767, sowie die Behandlung des Abschlussberichtes zur wissenschaftlichen Begleitung der Umweltmedizinischen Ambulanz und Station am Fachkrankenhaus Nordfriesland, Bredstedt, in seiner nächsten Sitzung am Donnerstag, dem 13. Januar 2000, vorzunehmen.

Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Energiebericht Schleswig-Holstein 1999

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2178

(überwiesen am 8. Juli 1999 zur abschließenden Beratung)

St Voigt stellt in großen Zügen die Struktur des Energieberichts Schleswig-Holstein 1999 vor und resümiert als Ergebnis, der Endenergieverbrauch in Schleswig-Holstein sei in dem betrachteten Zeitraum „relativ konstant“ geblieben, während die Energieverbräuche in der Bundesrepublik Deutschland, in der Europäischen Union wie auch weltweit stiegen.

Außerdem weist er auf Fortschritte in der Energieeinsparung hin - auch wenn diese noch überhaupt nicht als „genügend“ zu werten seien -, die unter anderem darauf zurückzuführen seien, dass Schleswig-Holstein als einziges Bundesland den Niedrigenergiehausstandard im sozialen Wohnungsbau als Regelförderung eingeführt habe.

Das Land Schleswig-Holstein sei im Übrigen an der Erarbeitung der Energiesparverordnung 2000 beteiligt, die demnächst als Entwurf vorliegen werde. Wichtig sei ebenfalls das Impuls-Programm Wärmetechnische Gebäudesanierung.

Hinsichtlich der Erstellung des Berichtes verweist St Voigt auf „Methodenumbrüche“ und erklärt sich bereit, den Ausschussmitgliedern schriftliche Informationen über Gespräche mit dem Landesrechnungshof zukommen zu lassen, die diesbezüglich geführt würden.

Abg. Vorreiter problematisiert den Zusammenhang zwischen sinkenden Energiepreisen und der daraus resultierenden Gefahr, weniger Energie einzusparen. St Voigt ergänzt, mit der Liberalisierung des Energiemarktes sei die Linearisierung der Strompreise, die zu höheren Einsparungen führen sollte, durch die Möglichkeit aufgegeben, Sonderverträge schließen zu können. Dies führe dazu, dass wirtschaftliche Überlegungen zur Stromeinsparung vernachlässigt würden. Diese Entwicklung sei problematisch, da Stromverbräuche beispielsweise im EDV-Bereich strukturell zunähmen. St Voigt zieht daraus den Schluss, zumindest bei den Geräten eine Art Normierung einzuführen, durch die der Kauf energiesparender Geräte gefördert werde.

St Voigt greift Fragen von Abg. Eichelberg auf und führt aus, das Stromeinspeisungsgesetz, das Mitte Dezember im Bundestag in erster Lesung beraten werde, solle an drei Punkten geändert werden. Die Ungleichbehandlung hinsichtlich so genannter Windmehrkosten solle durch eine Aufhebung der Deckelung und eine Verteilung auf nationaler Ebene aufgehoben werden. Dieser Ansatz stoße in der Gesellschaft insgesamt auf Akzeptanz und sei verfassungsrechtlich konsequent, da Klimaschutz ein Verfassungsziel sei.

Weiter sei beabsichtigt, Festpreismodelle einzuführen, die Windenergie zu stabilisieren und Biomasse mit einem Preis zu versehen, der sie wirtschaftlich erscheinen lasse. Dies sei besonders für Schleswig-Holstein von außerordentlicher Bedeutung. Außerdem werde das Stromeinspeisungsgesetz eine Offshore-Regelung enthalten.

Der Sozialausschuss nimmt den Energiebericht Schleswig-Holstein 1999 abschließend einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Förderung der Kur- und Erholungsmaßnahmen

Umdruck 14/4035

(Behandlung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse)

Abg. Hunecke weist auf Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände hin, in denen die LAG dargelegt habe, dass die vom Ministerium geforderten Auflagen im Bereich der Kur- und Erholungsmaßnahmen weder für die Verbände noch für die Betroffenen zumutbar seien, begrüße jedoch, dass es im nächsten Jahr Abstimmungsgespräche mit dem Ministerium geben solle. Ferner habe die LAG auf einen Sperrvermerk im Haushaltsplan aufmerksam gemacht, aufgrund dessen der Finanzausschuss die Mittel erst wieder freigeben müsse, obwohl die geforderten Richtlinien nunmehr existierten.

St Dr. Karras teilt mit, nachdem das Ministerium entsprechende Richtlinien erarbeitet habe, habe der Finanzausschuss die Mittel für den Titel Kur- und Erholungsmaßnahmen freigegeben, sodass die Gelder bereits in diesem Jahr an die Verbände ausgezahlt würden.

St Dr. Karras bestätigt, der erste Zuwendungsbescheid habe Kriterien enthalten, die aufgrund zeitlicher Verzögerungen von den Wohlfahrtsverbänden nicht erfüllt werden könnten. Daraufhin habe das Ministerium ein Verfahren gefunden, das den Verbänden die Einhaltung der Kriterien und dem Ministerium die Durchführung des Controllingverfahrens ermögliche. Dieser geänderte Bescheid sei am 15. November 1999 verschickt worden.

Richtig sei, dass es für das kommende Jahr einen Sperrvermerk gebe. Darüber werde zurzeit im Finanzausschuss diskutiert und sie hoffe, dass er aufgehoben werde.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Familienbericht - Berichterstattung der Ministerin für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau im Jugendhilfeausschuss**

(Behandlung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse)

St Dr. Karras teilt mit, dass das Ministerium den Familienbericht am kommenden Freitag dem Landtagspräsidenten zuleiten werde, damit er in der Dezember-Tagung beraten werden könne. Auf Wunsch des Ausschusses erklärt sie sich bereit, den Präsidenten zu bitten, den Ausschussmitgliedern den Familienbericht bereits am Freitag zuzuleiten.

Im Landesjugendhilfeausschuss - fährt St Dr. Karras fort - seien nur Verfahrensfragen, nicht jedoch inhaltliche Themen erörtert worden.

Abg. Hunecke kritisiert die späte Fertigstellung des Berichts, was die inhaltliche Auseinandersetzung innerhalb der Fraktionen mit dem Familienbericht erschwere. Eine derart kurze Vorlage sei in Anbetracht der langen Bearbeitungszeit „völlig unüblich“ und Ausdruck eines „ganz schlechten Stils“.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Familienbericht in seiner Sitzung am 13. Januar 2000 zu beraten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch Kranker (Psychisch-Kranken-Gesetz - PsychKG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2157

b) Entwurf eines Maßregelvollzugsgesetzes (MVollzG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2158

hierzu: Niederschrift über die 74. Sitzung - Anhörung
Umdruck 14/2122

(überwiesen am 2. Juni 1999)

Nach kurzer Aussprache beschließt der Sozialausschuss einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, die Gesetzentwürfe der Landesregierung zur Hilfe und Unterbringung psychisch Kranker (Psychisch-Kranken-Gesetz - PsychKG), Drucksache 14/2157, und zum Maßregelvollzug, Drucksache 14/2158, mit den Änderungen anzunehmen, die aus den Drucksachen 14/2576 und 14/2577 ersichtlich sind.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Landesarmutsbericht Schleswig-Holstein mit der Stellungnahme der Landesregierung

Drucksache 14/2276

(überwiesen am 14. Oktober 1999 zur abschließenden Beratung)

Abg. Baasch regt an, den Landesarmutsbericht sowohl landesweit mit den Beteiligten als auch mit den jeweiligen Zielgruppen im Rahmen von Veranstaltungen und Diskussionsrunden zu erörtern und diesen Bericht fortzusetzen. Dabei könne beispielsweise der von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Familienbericht, dessen Fertigstellung nach Aussagen von St Alt 2001 erwartet werde, zur Grundlage genommen werden, um ihn zielgruppen- und schwerpunktmäßig auf die Gegebenheiten von Schleswig-Holstein zu konzentrieren.

St Alt stimmt Abg. Geerds in seiner Einschätzung zu, dass die Armut „immer jünger“ werde und vor allem kinderreiche Familien betreffe. Das Ministerium nehme den Bericht zum Anlass, beispielsweise über einen Familienlastenausgleich oder über Modelle nachzudenken, wie Familien auf anderem Wege geholfen werden könnte. In diesem Zusammenhang stellt St Alt dem Ausschuss in großen Zügen ein in Rheinland-Pfalz praktiziertes Modellvorhaben vor, wonach die Landesregierung Alleinerziehenden oder Familien unter bestimmten Bedingungen ein zusätzliches Kindergeld in Höhe von 200 DM pro Kind zahle, wenn es ihnen gelinge, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

St Alt greift eine Anregung von Abg. Eichelberg auf, einen Vergleich hinsichtlich der in den einzelnen Ländern der Europäischen Union angewandten Instrumente zur Armutsbekämpfung zu ziehen.

Der Sozialausschuss nimmt den Landesarmutsbericht Schleswig-Holstein mit der Stellungnahme der Landesregierung abschließend einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, in seiner Sitzung am 13. Januar 2000 folgende Themen zu beraten:

- Familienbericht
- Sexuelle Misshandlung und sexuelle Vermarktung von Kindern und Jugendlichen sowie Beratungsangebote im Bereich des sexuellen Kindesmissbrauchs, Drucksache 14/1815
- Bericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ beim Schleswig-Holsteinischen Landtag, Drucksache 14/2373 (neu)
- Effektivität und Effizienz im zweiten Arbeitsmarkt, Drucksache 14/2513
- Neugestaltung und Verbesserung der Organisationsstrukturen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Drucksache 14/2525
- Abschaffung des Gesetzes über den Ladenschluss, Drucksache 14/1767
- Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung der umweltmedizinischen Ambulanz und Station am Fachkrankenhaus Nordfriesland, Bredstedt.

Die Vorsitzende, Abg. Walhorn, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. Frauke Walhorn

Vorsitzende

gez. Birgit Raddatz

Geschäfts- und Protokollführerin